

PRESSEMITTEILUNG

Mettmann, den 02.08.2004 We/st

Als voreilig und verfrüht kritisiert die FDP-Kreistagsfraktion das Votum der Bürgermeisterkonferenz zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV). Die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte hatten sich bereits bei ihrer letzten Zusammenkunft für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur für Arbeit ausgesprochen und gegen die Beantragung einer Option durch den Kreis, die es ermöglichen würde, sämtliche Aufgaben des neuen Sozialgesetzbuches II bis hin zur Vermittlung der Arbeitslosen in kommunaler Trägerschaft durchzuführen.

Dazu der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Dirk Wedel:

„Nachdem nun die gesetzlichen Rahmenbedingungen nach dem Passieren des Optionsgesetzes im Bundesrat feststehen, trägt die Kreisverwaltung momentan für die Kreistagssitzung am 13. September 2004 die Daten und Fakten zusammen, die für und gegen die Beantragung einer Option bzw. die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft sprechen. Insbesondere sind die Modalitäten einer etwaigen Arbeitsgemeinschaft erst noch mit der Bundesagentur für Arbeit auszuhandeln. Das Votum der Bürgermeister bereits in dieser Phase ist also ohne eine solide Entscheidungsgrundlage erfolgt.“

Ob die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft die bessere oder schlechtere Lösung ist, ist nach Auffassung der FDP-Kreistagsfraktion derzeit also noch völlig offen zu betrachten.

„Nicht nur, dass die Arbeitsgemeinschaft als Mischverwaltung verfassungsrechtlich fragwürdig ist, sie wirft auch enorme praktische Probleme auf. Neben der gesplitteten Zuständigkeit der Arbeitsagenturen in Düsseldorf und Wuppertal für den Kreis, die nach Auskunft der Bundesagentur zunächst bestehen bleiben soll, sind dies beispielsweise die ungeklärten Fragen hinsichtlich der Rechtsform, der Finanzierung und der im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft tätig werdenden Beschäftigten. Würde der Kreis Mettmann dagegen einer der 69 Musterkommunen, die die Trägerschaft für die Arbeitsvermittlung in eigener Verantwortung übernehmen, hätten nicht nur die Betroffenen einen einheitlichen Ansprechpartner, sondern wäre auch die Möglichkeit eröffnet, regionale Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand zu betreiben.“, gibt Dirk Wedel zu Bedanken.

„Dass die mehrheitlich der CDU angehörenden Bürgermeister der kreisangehörigen Städte sich nunmehr aber von vornherein gegen die alleinige kommunale Trägerschaft bei der Arbeitslosenvermittlung aussprechen, verwundert um so mehr, als neben der FDP auch die CDU stets die Zuständigkeit der Kommunen gefordert hat.“, stellt Dirk Wedel fest.